standenen Folgen warnen davor, nicht an alle zugleich zu denken.

•

Damit sind wir mitten in den Gedankengängen, die v. Meysch zur „Weltangst vor dem Kriege" entwickelt und die ihn zur neuen Sinngebung nationaler Wehrpolitik führen. Wir möchten sagen, daß in seinen eindringlichen und zur eigenen Betrachtung der Lage anregenden Ausführungen die Wehrpolitik als die angewandte Verantwortung für die Wohlfahrt des eigenen Volkes und zugleich für die Wohlfahrt aller Völker erscheint. Unlängst schrieb Major Foertsch („Die Wehrmacht im nationalsozialistischen Staat") den Satz: „Wehr' ist nicht gleich ‚Krieg', auch wenn fremde Sprachen den Unterschied beider Begriffe nicht ausdrücken können." Ebenso stellt v. Meysch Militärpolitik, die es bei uns nicht gibt, in Gegensatz zur Wehrpolitik, die uns Verpflichtung gegenüber dem Volke und den Völkern ist. Das Militär ist nur ein Teil der Wehr, die Wehrpolitik umfaßt universal politische, wirtschaftliche, kulturelle und militärische Fronten: „Sie will nichts gefährden von dem, was unsre Umwelt hat. Aber sie will alles pflegen, was uns zur Behauptung gegen diese Umwelt fehlt", und dazu gehört politisch, wirtschaftlich, kulturell und militärisch alles, was erforderlich ist, um Deutschland widerstandsfähig zu machen, um es lebensfähig zu erhalten, und das ist zugleich Dienst an uns und den andern: „So muß auch der Deutsche am Hochofen, hinter dem Pfluge, an der großstädtischen Straßenecke oder in der kleinstädtischen Amtsstube wissen, daß kein Land für Europa lebensnotwendiger ist als Deutschland." Unter dem Fluch von Versailles bildete der deutsche Raum nicht nur militär-, sondern wehrpolitisch ein Vakuum, mit allen für uns selbst und für die andern damit verbundenen Gefahren eines solchen Leerraumes, der — wie in der Physik — im Völkerdasein geradezu einen herausfordernden Anreiz zum Einströmen bietet und damit für die allgemeine Völkerruhe zum Verderben werden kann, das ihm zugleich selbst von außen bedroht.

Horst v. Meysch setzt sich mit den Sünden in der Militärpolitik der andern auseinander und zeigt an schlagenden Beispielen die sich für alle ergebenden Verpflichtungen aus sowohl raummäßiger als auch artmäßiger Wehrpolitik. Die Räume bedeuten wehrpolitisch das, was die Völker wehrpolitisch aus ihnen machen, aber der Raum darf wehrpolitisch niemals losgelöst werden von der jeweiligen Volksart, und die Anpassung der Völker an Art und Raum genügt noch nicht, sondern wehrpolitische Schmiegsamkeit muß den aktuellen Erfordernissen der Zeit Rechnung tragen. Von hier aus kommt v. Meysch dazu, den Ungeist einer Militärpolitik zu brandmarken, der die Materialschlacht ohne Massenwillen und kämpferischen Einzeleinsatz der Weisheit letzter Schluß ist, und er bezeichnet es als die Aufgabe einer zeitgemäßen europäischen Wehrpolitik, die Zuversicht in sich zu tragen, daß die Völker lieber den Spaten als die Flinte schultern, daß sie zur Verteidigung aber ebensogern zur Waffe greifen wie sonst zum Werkzeug. Hier wird, abseits von aller Militärpolitik, die wohlverstandene Wehrpolitik zum europäischen Friedensmittel, und in diesem Rahmen allein ist auch die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung richtig zu würdigen. Sie zielt auf eine dauerhafte europäische Neustruktur hin, und indem wir keinerlei Militärpolitik, aber bewußt folgerichtige Wehrpolitik als Friedensmittel anwenden, leisten wir unsern Beitrag zur Befriedung unsres von Versailles in den Unfrieden gestoßenen Erdteiles.

•

Auf der Linie dieser Wehrpolitik liegt unser Ringen mit den Nachbarn um Ausgleich: „Wir müssen ganz einfach an allen Grenzen einen modus vivendi, wir dürfen nirgend den casus belli suchen. Wir müssen eine zweiseitige Vertragspolitik, wir können keine irgendwie einseitige Bündnispolitik treiben." Dem dient die Friedenspolitik des Führers, die Zusammenschweißung zur einheitlich eingestellten Volksgemeinschaft. Das ist der Friedenssinn der versöhnten Volksgemeinschaft, v. Meysch schreibt: „Es gibt im heutigen Deutschland keinen Kopf und keine Hand zuviel. Von den Herzen zu schweigen. Die durchaus neuartige Aufgabe unsrer Wehrpolitik heißt daher Festigung durch Sammlung nicht nur der besten, sondern der letzten Kräfte." Die Volksabstimmungen haben gezeigt, daß alle Deutschen ohne Vorbehalt dem Führer zur Verfügung stehen. Deutsche Wehrpolitik treiben heißt, durch gesunde Neuordnung der Weltangst vor dem Kriege entgegenzuwirken.

Dr. F. F.

Um die zweijährige Dienstzeit

Wahlängste der Parlamentarier

Telegramm unsres Korrespondenten

II. Paris, 13. März

Entgegen der allgemeinen Annahme ist es im gestrigen Ministerrat noch zu keiner Entscheidung über die Wiedereinführung der zweijährigen Dienstzeit gekommen. Man hat den Ausweg eingeschlagen, daß man eine Mitteilung ausgab, wonach am kommenden Freitag sowohl der Kammer wie dem Senat eine Erklärung der Regierung über die Notwendigkeit einer Auffüllung der rekrutenschwachen Jahrgänge zugeleitet würde. Wie aber die Durchführung selbst aussehen wird, steht noch nicht fest. Es verlautet jedoch, Flandin habe die Absicht, dem Parlament mitzuteilen, daß sich die Regierung

auf den Artikel 40 des Militärgesetzes

stützen werde, um die Rekrutenklasse vom April 1935 schon für zwei Jahre in der Kaserne zu behalten. Dann soll nach den Gemeinderatswahlen im Mai ein entsprechendes Gesetz für die übrigen Klassen nachfolgen. Die Radikalsozialen rechnen damit, dieses Gesetz auf das Ende der Legislaturperiode verlagen zu können, wobei sie die Hoffnung haben, für die Abgeordneten bei dieser Gelegenheit eine Verlängerung ihrer Mandatsdauer von vier auf sechs Jahre durchsetzen zu können. Jedenfalls sollen die Radikalsozialen absolut nicht gewillt sein, jetzt der gesetzlichen Verlängerung der Dienstzeit zuzustimmen. Sollte die Regierung das verlangen, so wollen angeblich wenigstens 40 v. H. der radikalsozialen Abgeordneten gegen die Verlängerung stimmen, während 20 v. H. sich der Stimme enthalten wollen. Im übrigen hat die radikalsoziale Fraktion der Regierung wieder einen neuen Knüppel zwischen die Beine geworfen. Sie hat nämlich beschlossen, demnächst doch wieder die Debatte über die Entwaffnung der rechtsstehenden Verbände und über die Vorgänge am 6. Februar 1934 auf die Tagesordnung des Parlaments zu bringen.

Die Marxisten

wollen einen großen Propagandafeldzug durch das ganze Land gegen die zweijährige Dienstzeit unternehmen. Die marxistischen Abgeordneten wollen im Parlament mit allen Mitteln der Opposition und der Obstruktion das Projekt zu Fall bringen. In den nationalen Parteien herrscht über die Haltung der Regierung ziemliche Verstimmung. Verschiedene Parlamentarier äußern sich heute in Presseinterviews sehr entrüstet über diese „Kleinmütigkeit" der Regierung. Man erklärt, die zweijährige Dienstzeit werde

„auf der Hintertreppe"

eingeführt, genau wie seinerzeit der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg auf der Hintertreppe des Bahnhofes Neuilly in Paris empfangen worden sei.

Senkung der Kirchensteuer in Preußen

× Berlin, 13. März. (Durch Funkspruch)

Der Reichs- und preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hat zusammen mit dem preußischen Finanzminister einen Erlaß herausgegeben, wonach für das Rechnungsjahr 1935 eine allgemeine Senkung der Kirchensteuer vorzunehmen ist. Bei Genehmigung der Steuerbeschlüsse ist dafür Sorge zu tragen, daß der Kirchensteuersatz um ein Fünftel niedriger gehalten wird, als er im Vorjahre war.

Die Bedeutung der Danziger Wahlen

Bekenntnis zum Nationalsozialismus als Grundlage aller künftigen Politik

Bericht unsrer Berliner Schriftleitung

F. Berlin, 13. März

Der Danziger Gauleiter Albert Forster sprach Mittwoch mittag vor Pressevertretern über die Bedeutung der Danziger Wahlen vom 7. April. Er begann seine Darlegungen mit einem Rückblick auf die Entwicklung Danzigs in den letzten beiden Jahren. Es ist der nationalsozialistischen Regierung der Freien Stadt gelungen, die Zahl der Arbeitslosen von 40 000 auf 20 000 zu vermindern. Die neue Arbeitsschlacht wird diesen Erfolg noch vergrößern. Sie hat weiter nach langen Jahren ständig zermürbender Streitigkeiten normale Beziehungen zu Polen hergestellt.

Die in Danzig noch vorhandenen übrigen Parteien — Restgruppen — sind aber systematisch bestrebt, die nationalsozialistische Aufbaupolitik zu durchkreuzen.

Sie scheuen sich nicht, immer wieder fast tagtäglich gegen jede Maßnahme der Regierung Beschwerde beim Hohen Kommissar des Völkerbundes einzulegen. Sie wollen das nationalsozialistische Regiment, das sich schon jetzt auf eine 50prozentige Mehrheit im Volkstag stützen kann, stürzen und seine mühsam eingeleitete Aufbauarbeit zunichte machen. Die Beschwerden der Parteien, die der Hohe Kommissar nach Genf weitergeleitet hatte, sind, wie erinnerlich, auf der letzten Tagung des Völkerbundes behandelt worden. Der Danziger Senatspräsident verpflichtete sich, mit den Parteien, vor allem mit dem Zentrum, zu verhandeln, um unter Umständen die Rücknahme der Beschwerden zu erreichen. Diese Verhandlungen führten indes zu keinem Ergebnis.

Die Unmöglichkeit einer Einigung mit den andern Parteien

führte vielmehr zum nationalsozialistischen Auflösungsantrag und zur Ausschreibung von Neuwahlen. Die Gegner der nationalsozialistischen Danziger Regierung haben mit einer Flut von Verunglimpfungen und Verleumdungen den Wahlkampf bereits eingeleitet. Auch hierbei versuchen sie, sich des besonderen Schutzes der Völkerbundsorgane zu versichern. Die NSDAP. hat sich bisher zurückgehalten, sie wird aber am kommenden Sonnabend den Wahlkampf mit einem großen Generalappell eröffnen, der alle Kräfte der Partei und im Grunde der gesamten Bevölkerung zu einer einheitlichen politischen Willenskundgebung aufbieten wird. Weit über tausend Versammlungen sollen abgehalten werden. Die Aufklärungsarbeit wird in jedes kleinste Dorf getragen werden. Es ist kein Zweifel daran, daß

der 7. April ein großartiges und fast einmütiges Bekenntnis Danzigs zur NSDAP. und damit zum Deutschtum

bringen wird. Die NSDAP. wird die Zweidrittelmehrheit im Volkstag erringen und mit diesem Erfolge andre und weitere politische Möglichkeiten erhalten. Gauleiter Forster faßte die Bedeutung der Wahl in folgende wichtigen Punkte zusammen:

1. Die Wahlen werden einen ansehnlichen Gewinn bringen und die Basis der Regierung verbreitern;

2. die Danziger Bevölkerung wird die Maßnahmen und Gesetze der nationalsozialistischen Regierung billigen und so bestätigen, daß diese zu Recht bestehen;

3. die Beschwerden der Parteien kann der Völkerbund nicht mehr ernst nehmen, da nach der Wahl bewiesen sein wird, daß hinter der NSDAP. die übergroße Mehrheit und hinter den übrigen Parteien nur ein geringer Bruchteil der Bevölkerung steht;

4. die Regierung wird von der Danziger Bevölkerung das Recht bescheinigt erhalten, die bisherige Politik weiterzuführen;

5. Danzig bleibt vor drohenden Erschütterungen bewahrt, denn ein Verschwinden der nationalsozialistischen Regierung und ein Wiederkommen der Sozialdemokratie und des Zentrums würde für Danzig unabsehbares Elend mit sich bringen. Die Außenpolitik würde Schiffbruch erleiden, im Innern des Staates würde der Bruderkampf von neuem beginnen. Die Arbeitslosigkeit würde steigen, und das Deutschtum würde von neuem erschüttert werden.

6. Durch die Wahl wird die Einigkeit der Danziger Bevölkerung im Geiste Adolf Hitlers von neuem bestätigt.

7. Dadurch wird auch vor Europa und der ganzen Welt das Deutschtum Danzigs von neuem klar und über jeden Zweifel erhaben bestätigt werden.

Rintelens Kammerdiener Ripoldi

Der Zeuge hat den Namen Weidenhammer nie gehört

× Wien, 13. März. (Durch Funkspruch)

Im Rintelen-Prozeß beantragte heute der Verteidiger eine neuerliche gerichtsärztliche Untersuchung des Angeklagten, da dieser nach seiner Ansicht nicht voll verhandlungsfähig sei. Der Gerichtshof lehnte den Antrag ab. Die Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten sei zwar vermindert, aber verhandlungsunfähig sei er nicht. Es folgte dann

die Vernehmung des früheren Kammerdieners Rintelens,

des Hoteldieners Ripoldi. Der Zeuge sagte aus, daß ein Herr, der sich später bei ihm telephonisch einmal unter dem Namen Williams gemeldet habe, etwa sechs- bis siebenmal bei dem damaligen Gesandten in Rom war und längere Unterredungen mit ihm geführt habe. Ob dieser Williams nun mit dem Dr. Weidenhammer, der bei dem Putsch eine gewisse Rolle gespielt haben soll, identisch ist, wurde nicht festgestellt. Der Zeuge

konnte sich nicht erinnern, jemals den Namen Weidenhammer gehört zu haben.

Auf eine direkte Frage des Verteidigers, wer dem Zeugen das Geld für das Telegramm gegeben hat, antwortete der Zeuge: Castiglione. Bei dieser Aussage entstand große Bewegung im Zuschauerraum. Castiglione ist ein jüdischer Bankier, der früher in Wien eine große Rolle gespielt hat und der auch Rintelen den Ripoldi als Kammerdiener empfahl. Castiglione trat während seines ganzen Wirkens in Oesterreich immer als

Vertreter italienischer Kapitalgruppen

auf; er wurde vielfach als direkter Vertrauensmann der italienischen Regierung, vor allem des Finanzministeriums, betrachtet. Er lebt jetzt in Mailand. Der Zeuge behauptete noch, bei seiner Vernehmung in Mailand bereits den Namen Williams genannt zu haben. Es wurde aber festgestellt, daß in dem Protokoll der Mailänder Quästur diese Tatsache nicht vermerkt ist.

(Die Verhandlung dauert an)

Gesetz über Hausbesitzer- und Mietervereinigungen

× Berlin, 13. März

Die Reichsregierung hat ein Gesetz über Anerkennung und Beaufsichtigung von Vereinigungen von Hausbesitzern und Mietern erlassen. Auf Grund dieses Gesetzes hat der Reichsarbeitsminister den Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine, E. V., Berlin, als alleinige Vertretung des Deutschen Hausbesitzes und den Bund Deutscher Mietervereine, E. V., Dresden, als alleinige Vertretung der Deutschen Mieterschaft anerkannt.

Das Recht in unsrer Sprache

Seltsame deutsche Sprichwörter

Als das Recht noch nicht in abstrakter begrifflicher Form niedergelegt war, als noch keine Gesetze geschrieben und die Rechtsfindung noch nicht einem eigenen Stande vorbehalten war, gab es dennoch in Deutschland schon eine umfassende Sammlung von Rechtsnormen, wie sie sich aus Brauch, Sitte und Mythos herausgebildet hatten, die nirgends niedergeschrieben waren, sondern sich in Form von anschaulichen, symbolischen Sprüchen im Volke von Mund zu Mund forterbten.

Sehr viele unsrer „Sprichwörter" hatten einst einen sehr realen, festumrissenen Sinn. § 1705 des BGB. sagt: „Das uneheliche Kind hat im Verhältnis zur Mutter und zu den Verwandten der Mutter die rechtliche Stellung des ehelichen Kindes." Kürzer, bildhafter und vor allem mit jener Einprägsamkeit, die für die mündliche Ueberlieferung so wichtig ist, wird dasselbe von dem alten deutschen Sprichwort ausgedrückt: „Kein Kind ist seiner Mutter Nebskind."

Während dieses heute kaum mehr gebrauchte Sprichwort den juristischen Sinn noch deutlich zum Ausdruck bringt, gibt es andre, deren Bedeutung kaum mehr erfaßbar ist. Da heißt es etwa: „Die Tat tötet den Mann." Im alten deutschen Recht wird auf die Hintergründe einer Tat nicht eingegangen, die Tat allein gilt. Darum sagt man auch: „Ums Denken kann man niemand henken", oder in einer späteren, heute noch üblichen Fassung: „Gedanken sind zollfrei."

Wenn wir heute sagen: „Not kennt kein Gebot", so fassen wir das in einem sehr allgemeinen Sinne auf. Tatsächlich ist aber hier mit Not Notstand, Notwehr gemeint, und es ist die Formel für das Notwehrrecht.

„Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede" heißt in älterer Fassung „eines mannes red ist ein halb red, man soll die part verhören beed", und stellt also die Forderung auf, nicht nur den Kläger, sondern auch den Angeklagten zu hören.

„Wo kein Kläger, da kein Richter" sagt das heute nicht mehr „richtige" Sprichwort. Im alten Deutschland mußte der Gekränkte aber wirklich „Klage erheben", also nach dem ursprünglichen Sinn mit lautem Wehgeschrei vorbringen, was ihm geschehen war. „Ein Mann, ein Wort" weist auf die starre Prozeßordnung vergangener Zeiten hin, in denen das einmal Ausgesprochene nicht mehr widerrufen werden konnte, sondern ein für allemal, zum Nutzen oder Schaden, galt. Daß auch die Redensart „Wer A sagt, muß auch B sagen" wahrscheinlich aus dem Rechtsleben stammt, wird manchen verwundern. Nun hieß aber die Antwort des Beklagten das „Be-Sagen". Möglicherweise machte der Volkswitz daraus unsre Redensart in dem Sinn, daß wer anklagt, auch mit der Widerklage rechnen muß, in der ihm dann das „Be-Sagen" zufällt! Die bekannte Wendung „Stein und Bein schwören" stammt aus christlicher Zeit; man schwor auf der Altarplatte (den Stein), unter dem die Gebeine des Heiligen ruhten!

Zum Abschluß sei noch der Spruch „Aller guten Dinge sind drei" als besonders schönes Beispiel aus der Wunderwelt der Sprache gedeutet. „Ding" (althochdeutsch dinc, altnordisch thing) bedeutet ursprünglich die öffentliche Versammlung und die Gerichtsversammlung; dann auch die Stätte der Gerichtsversammlung und schließlich der Gegenstand der Verhandlung. Von da aus entwickelte sich unsre heutige, ganz verallgemeinerte Bedeutung. Das „Dinc", die Gerichtsverhandlung der alten Germanen, durfte übrigens nach altarischem Brauch nur bei Tage stattfinden, daher wurde es auch tagedinc genannt. Aus dem zugehörigen Zeitwort „vertagedingen" entwickelt sich lautgesetzlich unser „vertagen", dessen ursprüngliche Bedeutung also die juristische ist, aus der die allgemeinere erst in Uebertragung entstand.

Wir wissen also jetzt, daß das „Ding" unsres Sprichwortes ursprünglich die Gerichtsverhandlung bedeutet. Warum sind „aller guten Dinge" aber gerade drei? Auch das germanische Recht kannte etwas, das unserm heutigen „Versäumnisurteil" entsprach: war ein Angeklagter trotz dreimaliger Ladung nicht vor dem tagedinc erschienen, so konnte über ihn das Urteil gesprochen werden, ohne daß er gehört wurde. Die dreimalige Ladung hängt mit der uralten magischen Bedeutung der Zahl drei zusammen, wie wir sie in vielen früheren Kulturen wiederfinden. Waren also drei „Dinge" abgehalten worden, ohne daß der Angeklagte von seinem Recht der Verteidigung Gebrauch gemacht hatte, so konnte er „vogelfrei" erklärt werden (das heißt nicht „frei wie ein Vogel", sondern „den Vögeln frei": jeder konnte ihn ungestraft töten, und seine Leiche war den Krähen zum Fraße freigegeben). Drei Dinge mußten gehalten worden sein, damit das Urteil richtig, das Ding „gut" gewesen sei!

Dr. H. G. Bieler

Spiegel und Thorak

Ausstellung der NS. Kulturgemeinde

Von unserm Korrespondenten

Berlin, 13. März

Die NS. Kulturgemeinde hat im Haus der früheren Sezession an der Tiergartenstraße jetzt ihre zweite Ausstellung eröffnet. Die erste, „Die Auslese", brachte eine Vielheit von Malern, Zeichnern und Bildhauern. Diese zweite kommt als Kollektiv-Ausstellung: Joseph Thorak zeigt Plastiken, Zeichnungen und seine Denkmalsmodelle für die neue Türkei, Ferdinand Spiegel nennt seine Ausstellung „Bergbauern, das Gesicht eines Volkes". Daneben sieht man die drei preisgekrönten Entwürfe für das Schlageter-Ehrenmal und das Haus der Hitlerjugend in Düsseldorf.

Ferdinand Spiegel gehört bereits der älteren Generation an, ist 1879 in Würzburg geboren. Die fränkische Art der Landschaft zwischen Nürnberg und Frankfurt muß, was die bildende Kunst angeht, stark zeichnerisch bestimmt sein, von Dürer und den Nürnberger Kleinmeistern bis zu Fritz Boehle geht eine immer wieder durchbrechende Vorliebe für den Strich, die Linie als Ausdrucksmittel. Auch Spiegel hat als Illustrator begonnen, beim Simplizissimus und bei der Jugend, und dies Illustrativ-Zeichnerische wirkt noch heute bei ihm ganz stark nach. Es hat sich mit Einwirkungen seiner Münchner Malerzeit um die Jahrhundertwende verbunden; man sieht sehr deutlich eine Farbenskala etwa von Fritz Erler her, die aber in der Auseinandersetzung mit der strengen zeichnerischen Tendenz erheblich gesenkt, abgeblaßt ist. Spiegel ist offenbar schon früh von der schon um 1918 deutlich einsetzenden Tendenz der Zeit zum Monumentalen ergriffen worden. Ueber der zeichnerischen Grundlage wächst ein immer deutlicher werdender Wille zur großen Form, der eigentlich der Mauer bedürfte, um sich ganz auszuwirken. Man braucht sich nur einmal die Art des malerischen Auftrags bei Spiegel näher anzusehen, seine Behandlung der Farbe; die hat etwas durchaus Murales, Freskenhaftes, verzichtet völlig auf den Reiz des Pinselstrichs, geht eher auf eine körnige Putzwirkung der einzelnen Farbfläche aus. Mit zäher Energie hat Spiegel aus seinem illustrativen Zeichnen einen Willen zur Größe entwickelt, der ihn des öfteren in Parallelen zu dem Frankfurter Boehle bringt und auf der andern Seite fast von selbst in die Welt des Tirolers Egger-Lienz führt. Spiegel hat eine große Vorliebe für das Sarntal in Südtirol, das sich nördlich von Bozen an der Talfa aufwärts zieht. Die meisten seiner Modelle stammen aus dieser Gegend, der Matthias Burgfelder und der Pichler-Bauer, der Rotwander-Bauer, und wie sie sonst noch heißen. Sie sind alle über ihre bloße Wirklichkeit hinausgehoben in eine graphisch unterlegte Monumentalität, die, wie gesagt, die Maße eines Staffeleibildes eigentlich sprengt. Die Bilder wirken wie Ausschnitte aus einem großen monumentalen Wandbild, nach dem offenbar auch die Sehnsucht des Malers geht.

Thorak zeigt auf der einen Seite seine überlebensgroßen Monumentalköpfe von europäischen Männern der Politik, auf der andern Seite Mädchen- und Jünglingsakte, die seine Herkunft aus der Welt Kolbes und Manzels dartun. Am stärksten wirken die Portraitköpfe; hier hat Thorak eine Form gefunden, die für den Ausdruck der Wesensart heutiger Politiker offenbar sehr geeignet ist. Die Köpfe von Hindenburg bis Hitler, von Mussolini bis Pilsudski wirken nicht vergrößert, haben nicht das Hohle, das überlebensgroße Plastiken so leicht bekommen; der Bildhauer hat unmerklich die natürlichen Akzente so verlagert, daß die entscheidenden Partien mehr Betonung bekommen haben als die im Ueberlebensgroßen sekundären Teile. Infolgedessen sind, ohne daß die Aehnlichkeit irgendwo vernachlässigt wäre, Gebilde entstanden, die zugleich Portraitköpfe und monumentale Darstellungen der Betreffenden sind. Der Kopf des Marschalls Pilsudski ist nicht nur ein Portrait, sondern zugleich ein Volkstypus, der Kopf Hindenburgs ist bei aller Aehnlichkeit zugleich über das nur Portraithafte ins Ueberpersönliche hinübergeführt. Sehr wirksam der Kopf Kemal Paschas, vor allem neben dem schmalen Schädel Ismet Paschas; unter den nicht übersteigerten Bildnissen fällt vor allem der Bode-Kopf aus der Nationalgalerie auf. Auch den Luis Trenkers sieht man gerne wieder. — Von den Denkmälern für die Türkei hebt sich vor allem das Reiterdenkmal für die Stadt Demysli heraus; interessant ist auch die Dolmenanlage des Entwurfs für ein Nationalgründer-Denkmal der neuen Türkei. Unter den Akten bleibt vor allem die Fromme im Gedächtnis; daneben notiert man die schönen, großen Aktzeichnungen, in denen im merkwürdigen Gegensatz zu der Härte der Portraitköpfe die ganze österreichische Sensualität Thoraks herauskommt.

Dr. P. Fechter.

SLUB
Wir führen Wissen.